

Internationale Friedenskonferenz

„Visionen zu Frieden und Sicherheit. Luzern 1905–2005“, 22./23. September 2005

SCHLUSSDOKUMENT

Erkenntnisse und Folgerungen / Conclusions

Das Ergebnis der Internationalen Friedenskonferenz „Visionen zu Frieden und Sicherheit. Luzern 1905–2005“ vom 22./23. September 2005, kann sich sehen lassen:

Die prominenten Redner an der Eröffnungsveranstaltung im KKL (nicht zuletzt auch die Tanzperformance, auf einem künstlerisch gestalteten Minenteppich, einer von medico international schweiz engagierten Luzerner Künstlerin, welche die Bedrohtheit und Verletzlichkeit des menschlichen Lebens intensiv spürbar werden liess, sowie der Beitrag aller weiteren Beteiligten), die neun mit hochkarätigen Experten besetzten Workshops und die Schlussveranstaltung mit wiederum ausgezeichneten Referenten im AAL haben eine überaus positive Resonanz gefunden, sowohl bei den Teilnehmenden (Referenten und Besuchern) als auch bei den Medien.

Die Reaktionen auf diesen von LIPS organisierten Kongress waren sogar dermassen positiv, dass wir uns in unserer Absicht bestärkt fühlen können, in absehbarer Zeit wieder einen solchen Anlass (nebst weiteren Dialogabenden) durchzuführen. Der Jubiläumsanlass, 100 Jahre Internationaler Friedenskongress Luzern, wäre dann als Initialzündung für eine erneuerte Tradition: Luzern als Friedensstadt zu verstehen – dauerhaft etabliert auf der Weltkarte der Friedenskonferenzstädte.

Die Veranstaltungen fanden an verschiedenen, prominenten Orten der Stadt Luzern statt, was auch auf diesen städtischen Raum bezogen zeigen sollte: Frieden geht uns alle und überall an. – Dies wurde zusätzlich verdeutlicht durch die im Anschluss an die Friedenskonferenz vom Luzerner „forum neuland“ am 1. Oktober 2005 durchgeführte „Friedenskonferenz auf der Gasse“ auf dem Kornmarkt beim Rathaus Luzern.

Die Eröffnungsveranstaltung:

Die Präsidentin des Grossrates des Kantons Luzern, Frau Bernadette Schaller-Kurmann, sprach in ihrer Grussbotschaft von ihrem und dem allgemeinen Wunsch nach Frieden für die ganze Welt.

Botschafter Urs Ziswiler, Leiter der Politischen Direktion, Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheit (EDA), legte in seiner Eröffnungsrede dar, dass und wie die Schweiz in den internationalen Friedensbemühungen eine wesentliche, eine innovativ-konstruktive Rolle zu spielen vermag (Beispiele: Kosovo und Bemühungen um einen Menschenrechtsrat im Rahmen der UNO). Gerade die Neutralität stärkt die Glaubwürdigkeit des Landes, und die Friedenseinsätze der Schweiz werden sehr geschätzt. Mit den militärischen Friedensoperationen leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag.

Ulrich Tilgner, Korrespondent des ZDF sowie des SF DRS und Leiter des ZDF-Büros in Teheran, berichtete äusserst eindrücklich und überzeugend von seinen Erfahrungen und Vorstellungen zur Bewältigung der schier unlösbaren Konflikte im Nahen und Mittleren

Osten. Voraussetzung dafür wäre, zunächst einmal zu akzeptieren, dass hier zwei Wertesysteme unterschiedlicher Kulturen aufeinanderprallen. US-Soldaten, die ermordet werden, hatten im Irak im Glauben gearbeitet, den Menschen zu helfen; die meisten der US-Soldaten sind von ihrem Auftrag überzeugt. Fehlende Konzepte zum Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg sowie wie die oft doppelbödiges Friedenspolitik haben jedoch wesentlich dazu beigetragen, dass die Region zu einer Brutstätte des Terrors wurde. Die irakischen Attentäter sehen in den Soldaten fremde – manchmal sogar ungläubige – Besatzer oder, noch schlimmer, Kämpfer einer Kreuzzugsarmee.

Friedensarbeit sei schwieriger geworden, und so wünschte Ulrich Tilgner dieser Konferenz und generell der Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit nachhaltigen Erfolg.

Die Wirtschafts- und Managementberaterin Sonja Buholzer liess die Funken einer neuen, zutiefst engagierten, intelligenten und damit meist auch provokativen Ethik sprühen, die „in Frage“ stellt; einer Ethik, die mit Demut zu tun hat, und das kraftvolle Wort „Mut“ beinhaltet. Diese Ethik beugt sich dem Universum und ist unbeugsam, wenn es um die Bekämpfung von Ungerechtigkeit geht – und ist schlechthin der Erfolgsfaktor aller Führungskräfte, sei es in der Wirtschaft, in der Politik oder in andern Bereichen. Sie zielt auf Frieden und Sicherheit ab, und wenn wir ihr Alphabet nicht lernen, werden wir den vierten Weltkrieg – frei nach Albert Einstein – mit Steinen und mit Stöcken führen. Vorausgesetzt, es gibt uns noch.

Deshalb gelte im Hinblick auf das dritte Jahrtausend: Man muss den Menschen vor sich selber schützen, den Menschen Ethik lehren, Konfliktfähigkeit trainieren, Friedfertigkeit kultivieren und Vorurteilslosigkeit sowie Mut zur Gerechtigkeit zur neuen Norm erklären.

Bernard Kobler, CEO der Luzerner Kantonalbank legte dar, wie etwa eine solche Ethik mit einer modernen Firmenphilosophie in die Praxis umgesetzt werden könne. Die häufig negative Wahrnehmung der Wirtschaft in der Gesellschaft führt zu einer Gegenreaktion der Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden. Ein freiheitliches Umfeld hingegen, mit klaren Wertvorstellungen, motiviert Führungskräfte, ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen und damit das Vertrauen in die Unternehmen und die Wirtschaft zu stärken. Um dem Grundwert "Anstand" gerecht zu werden, braucht es eine von den Mitarbeitenden aller Stufen getragene Unternehmenskultur, die auf offener Meinungsäusserung, auf gegenseitiger Akzeptanz und Zuhören basiert. Mit der Förderung einer solchen Unternehmenskultur sollte die Wirtschaft vermehrt zu Vertrauen, Frieden und Sicherheit beitragen.

Die Workshops

Workshop 1 (Partner: Armeeausbildungszentrum Luzern, AAL)

Die Rolle des Militärs bei der Friedensschaffung und -erhaltung.

Humanitäre Intervention versus Krieg? – Bei Henri Dunant (1828–1910) lässt sich der Beginn der humanitären Tradition verorten. Eine aktuelle Definition der humanitären Intervention lautet: „The threat or use of force across state borders by a state (or group of state) aimed at preventing or ending widespread and grave violations of the fundamental human rights of individuals other than its own citizens, without permission of the state within whose territory force is applied.“ Freilich pflastern gute Absichten bisweilen den Weg zur Hölle, daher ist zu fragen: Gibt es gute Absichten? Und rechtfertigen die bisherigen Resultate humanitärer Interventionen (Beispiele: Kosovo, Afghanistan, Irak) ihre Durchführung? Ist eine humanitäre Intervention also dem Krieg vorzuziehen? Ist eine humanitäre Intervention nicht mit Krieg gleichzusetzen?

Hinsichtlich der Frage nach deren Legitimität lassen sich vier Standpunkte ausmachen:

1. kategorische Ablehnung humanitärer Interventionen: Erhaltung des Status Quo,
2. rechtliche, aber keine kategorische Ablehnung humanitärer Interventionen,
3. inkrementalistische Weiterentwicklung des Rechts und Anpassung an die neue sicherheitspolitische Lage,
4. grundsätzliches Recht auf humanitäre Intervention.

Festzuhalten ist: Es existiert noch keine klare Vorstellung darüber, wie so genannte humanitäre Interventionen konzipiert sein sollten.

Der Einsatz von konventionellen Truppen für humanitäre Missionen scheint fragwürdig. Eine Erfolg versprechende Alternative wäre die Schaffung einer ausschliesslich zum Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg vorgesehene bewaffnete Schutzeinheit. Die Schweiz, sowie auch andere neutrale Nationen, wären am besten für eine solche Aufgabe geeignet.

Workshop 2 (Partner: Universität Luzern):

Die ewige Suche nach dem Frieden: Friedensinitiativen, ihre Erfolge, ihr Scheitern

Gescheitert waren z.B. vor dem Zweiten Weltkrieg die Appelle von Kaiser Haile Selassie an den Völkerbund, die Aggression des faschistischen Italien zu verurteilen und aufzuhalten; sie verhallten ohne Reaktion. Der Bruch des Völkerrechts und der Völkerbundssatzung wurde von der internationalen Gemeinschaft hingenommen. Ein verheerendes Signal für andere kriegsbereite Staaten. Einige Friedensinitiativen sind tatsächlich gescheitert. Und das Nicht-handeln bei schweren Menschenrechtsverletzungen oder Brüchen des Völkerrechts entspricht nicht immer dem pazifistischen Grundgedanken.

Die Bemühungen und Erfolge von „FriedensheldInnen“ (*peace heroes*) aber sollten vermehrt gewürdigt werden. Es sind durchaus einige Erfolge zu verzeichnen, die nur durch verschiedene Friedensinitiativen erreicht werden konnten (beispielsweise das Verbot von Antipersonenminen). Während in der Vergangenheit hinsichtlich der Haager Tradition des internationalen Rechts vor allem dessen Nichtumsetzung und Nicht-Nachhaltigkeit im Vordergrund stand, ist die Etablierung des Internationalen Gerichtshofs gegen Kriegsverbrechen Beweis für einen neuen Willen, das internationale Recht und die Haager Tradition konsequent umzusetzen, der gestärkt werden muss.

Es wurde deutlich, dass die Entwicklung einer eigentlichen, der Komplexität der Gegebenheiten gerecht werdende Friedenskultur und -mentalität ein Prozess ist, der zwar im Gange, aber noch lange nicht abgeschlossen ist. Eine Verbreitung und Bekanntmachung der Friedensbewegungen der Vergangenheit, wie der Gegenwart, kann und muss dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Workshop 3 (Partner: Neue Luzerner Zeitung):

„Die Medien“ – Bote, Bollwerk, Brandstifter?

Die meisten Medien bemühen sich redlich und mit grossem Aufwand darum, der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen. Doch gerade in Krisenzeiten, wenn sich die Medien mit nationalen Interessen konfrontiert sehen, stellen sie sich im Allgemeinen in den Dienst des Landes, übernehmen die Regierungsmeinung und rutschen in die Rolle des Identitätsstifters – eine legitime gesellschaftliche Funktion; mit objektiver Berichterstattung hat sie aber nichts zu tun. Akteure, Medien und Publikum verschmelzen in Krisenzeiten zu einer Interessengemeinschaft; abweichende Meinungen werden ausgegrenzt. Allerdings dauert die Solidarisierung in der Regel nicht sehr lange.

Noch wichtiger als die Sympathie der Regierungen ist jedoch das Publikum, und Medien richten sich nach der Volksmeinung. Sie inszenieren Kriege nach den Gesetzen des Nachrichtenjournalismus. Das heisst, sie personalisieren und polarisieren (Gut und Böse), auch mit Hilfe von Bildern; ohne Bilder werden Kriege und Konflikte vom Publikum kaum wahrgenommen.

Andererseits ist erwiesen: Das Publikum liest aus den Medien, was es will; abweichende Meinungen werden nicht zur Kenntnis genommen. Doch gibt es immer auch einzelne Medien, die sich mit bewussten Anti-Mainstream-Positionen profilieren, was grundsätzlich zu begrüßen ist.

Weil bereits in Friedenszeiten Regierungen einen PR-Apparat aufbauen, um die Medien zu bearbeiten, und weil sie in Kriegszeiten dann sogar das Informationsmonopol haben, muss Selbstreflexion postuliert werden, das heisst: Die Berichterstattung über die Medienberichterstattung muss als eine Notwendigkeit und Teil eines Selbstreinigungsprozesses begriffen werden, der Glaubwürdigkeit herstellt.

Workshop 4 (Partner: Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, IRAS COTIS): *Interkultureller und interreligiöser Dialog*

Der Aspekt des „Heiligen“ sowie die enge Verknüpfung von Religion mit Identitätsbildung können sich als Hürden für den Dialog erweisen. Ängste vor Identitätsverlusten scheinen jedenfalls ein zentrales Problem des Zusammengehens zu sein. Das Religiöse kann aber auch als wichtige Basis für den Aufbau von Vertrauen und in der Folge auch von Frieden fungieren. Möglicherweise muss, angesichts diverser historischer Erfahrungen, vor den Gefahren einer Gesellschaft, die das Religiöse ausblendet, gewarnt werden. Doch der Dialog mit den wachsenden säkularisierten Gruppen der europäischen Gesellschaft ist auf jeden Fall zu führen.

Den Anzeichen einer gegenwärtigen „Angstkultur“ aber ist mit einer nachhaltigen Sicherheitsstrategie zu begegnen, die auf Konzepten einer grundlegenden, engen Verbundenheit aller Menschen, ja, allen Lebens gründet. Bedenklich ist nur schon die mehr oder weniger ausgeblendete Rolle und Stellung der Frauen in praktisch allen Religionen. Insofern Religionen nie einfach nur Religion, sondern immer auch Kultur darstellt, ist es erforderlich, dass Religionen im einundzwanzigsten Jahrhundert jedenfalls humanistisch sind. Es ist wesentlich, eine gemeinsame Sprache für den Dialog zu finden; dazu kann beispielsweise der gemeinsame Bezug auf den Rechtsstaat dienen oder die kritisch-relativierende Interpretation religiöser Quellen. Ein historisch-kritischer Zugang zu den jeweiligen heiligen Schriften sollte ermöglicht, die Problematik „Urtexte“ versus Verfälschungen im Kontext der Interpretation reflektiert und in der Folge allein selig machende Ansprüche von Religionen relativiert werden.

Die Komplexität, in welcher der interreligiöse Dialog heute stattfinden muss, wurde und wird dabei deutlich. Doch angesichts der Anforderungen der Moderne sollte – und darin gipfeln die Überlegungen und Folgerungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Workshops – an die Amtsträger der Religionen die Aufforderung ergehen, die religiösen Grundlagen neu zu interpretieren und wo nötig entschiedene Brüche mit der Vergangenheit zu wagen.

Workshop 5 (Partner: Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, PHZ): *Friedenserziehung heute*

Schon der 14. Internationale Friedenskongress von 1905 in Luzern rief dazu auf, den Pazifismus im Unterricht zu fördern. Friedensaktivisten erkannten früh den Stellenwert der Friedenserziehung und setzten darauf ihre Hoffnungen. Als Knackpunkt für Lösungen hat sich

immer wieder die Akzeptanz der Legitimität der „kollektiven Erzählung“ (*collective narrative*) des andern erwiesen, eine Problematik, die in komplexen, schweren Konflikten (*intractable conflicts*) praktisch unlösbar erscheint. Friedenserziehung vermag nämlich kaum Überzeugungen zu ändern – aber doch das Verhalten. Damit stellt sich das Problem der Nachhaltigkeit.

Es gibt aber hoffnungsvolle Ansätze, bei denen Friedenserziehung eine Chance hat: Starke positive Emotionen können Frieden stützen. Wichtig ist es, sozusagen, den „Frieden zu denken“. Die Friedenspädagogik ist heute jedenfalls breit angelegt (Beispiele: Europäische Jugendakademie, Jugendrat etc.) und Nachhaltigkeit erwiesenermassen erreichbar.

Eindrücklich wurden die vielfältigen Forschungsansätze aufgezeigt. Dass Friedenserziehung durchaus wirkungsvoll sein kann, weckt berechtigte Hoffnungen angesichts der schieren Unlösbarkeit von Konflikten, weltweit. Es bleibt zu hoffen und anzustreben, dass in Wissenschaft und Lehre diesbezüglich wieder mehr geleistet werden kann.

Workshop 6 (Partner: Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten, EDA; Internationales Friedensbüro Genf):

Bedeutung der Entminungsprogramme für die menschliche Sicherheit

Personenminen gefährden das Leben der Zivilbevölkerung, hindern auch Jahrzehnte nach einem bewaffneten Konflikt die geflüchtete Bevölkerung an einer Rückkehr in ihre Dörfer, verunmöglichen eine wirtschaftliche Entwicklung ganzer Regionen. Die Personenminenverbotskonvention stellt einen einzigartigen multilateralen Erfolg dar. Innert fünf Jahren haben über 145 Staaten die Konvention ratifiziert und verpflichten sich zu einem Verzicht auf die gefährliche und humanitär fatale Waffe Personenmine. Doch nebst den zahlreichen Nichtmitgliedsstaaten setzen auch nichtstaatliche bewaffnete Gruppierungen aktiv Personenminen ein und gefährden die menschliche Sicherheit. Sie müssen von einem Verzicht überzeugt werden.

Die Nichtregierungsorganisation Geneva Call wie auch die Schweizer Regierung setzen sich mit vereinten Kräften für dieses Ziel ein. Gelegte Minen müssen zur Wiederherstellung der menschlichen Sicherheit geräumt werden. Aber auch den Minenopfern muss physisch wie wirtschaftlich und sozial geholfen werden. Dafür sorgen Staaten, internationale Organisationen wie Nichtregierungsorganisationen gemeinschaftlich als Partner. Sie nehmen dabei Rücksicht auf die geographischen und kulturellen Begebenheiten vor Ort. Die Hilfe zur Selbsthilfe steht dabei im Vordergrund.

Aber: Ist die menschliche Sicherheit durch Entminung wieder hergestellt, muss auch für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Menschen gesorgt werden. Minenprogramme und Entwicklungszusammenarbeit sollten daher Hand in Hand gehen.

Workshop 7 (Partner: Schweizerische Friedensstiftung “swisspeace”):

The Effect of Traumatic Experience on the Process of Reconciliation.

Die Einwirkung von Traumata auf Versöhnungsprozesse

Thematisiert wurden die Folgen von Folter und der daraus entstehenden Traumata auf einen möglichen Versöhnungsprozess zwischen verfeindeten Gruppen. Es wurde deutlich, dass ein Versöhnungsprozess gleichzeitig in zwei Richtungen wirken muss. Zum einen muss ein Versöhnungsprozess von oben nach unten stattfinden. Ein Friedensschluss und Massnahmen zur politischen Neugestaltung des Landes sollen die Versöhnung der Menschen erleichtern.

Zum andern ist es nötig, dass die traumatisierten Folteropfer umfassend betreut werden. An der Basis muss eine Versöhnung der Menschen angestossen werden, damit diese auch einem politischen Friedensschluss das nötige Vertrauen schenken können. Die Aufdeckung von Folterverbrechen und die Betreuung ihrer Opfer sind dazu unabdingbar.

Workshop 8 (Partner: Christlicher Friedensdienst, cfd, Bern):

Geschlechtsverhältnisse in Militarisierungs- und Friedensprozessen

Die vorherrschende Friedenspolitik konzentriert sich in der Regel auf die zwischenstaatlichen, regionalen und internationalen Ebenen. Die Realitäten der einzelnen Frauen und Männer, der Haushalte, Lebens- und Arbeitsgemeinschaften werden dabei ausgeblendet. Während die oberen politischen Ebenen noch immer vorwiegend von Männern besetzt sind, agiert ein Grossteil der Frauen wegen ihres mangelnden Zugangs zur „hohen Politik“ vor allem in diesen ausgeblendeten Zusammenhängen.

Feministische Friedenspolitik definiert zentrale friedenspolitische Begriffe wie Gewalt, Frieden, Sicherheit aus einer Geschlechterperspektive neu. In Militarisierungsprozessen, in bewaffneten Konflikten und Kriegen wird die Ideologie der Geschlechterdichotomie, deren Kern die Konstruktion vom Mann als Held und Krieger und der Frau als wehrlosem Opfer ist, auf die Spitze getrieben. Aus konstruktivistischer feministischer Sicht sind Geschlechterbilder und -rollen gesellschaftlich bedingt, das heisst: eine soziale Konstruktion. Um diese zu überwinden, muss „Empowerment“ stattfinden bzw. die nötige Macht vermittelt werden, um aus eigener Kraft etwas tun und Machtverhältnisse verändern zu können.

Empowerment als Strategie der Gewaltprävention und des Gewaltabbaus in der internationalen Zusammenarbeit bearbeitet sowohl die individuelle und kollektive als auch die gesellschaftlich-strukturelle Ebene. Dadurch sollen nicht nur Individuen geschützt und gestärkt, sondern auch die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Richtung gerechter Beziehungen zwischen den Geschlechtern verändert werden.

Workshop 9 (Partner: Hochschule für Wirtschaft Luzern , HSW):

Die Verantwortung der Wirtschaft für Frieden und Sicherheit

Ethik in der Wirtschaft, verantwortungsvolles Handeln der Unternehmer werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen (z.B. mit einem expliziten *code of conduct*, demzufolge ein Geschäft nicht abgeschlossen werden darf, wenn es in irgendeiner Art und Weise illegal ist; kommt es trotzdem vor, hat dies die sofortige Kündigung des verantwortlichen Managers zur Folge). Dadurch leistet Ethik einen wichtigen Beitrag für Stabilität und nachhaltige Entwicklung. Das wirtschaftswissenschaftliche Studium sollte daher auch als „Schule für den Frieden“ verstanden und konzipiert werden. Voraussetzung für Frieden und Sicherheit ist, dass man versteht, welche Wirkkräfte bestimmen, wie man als Individuum mit dem direkten Gegenüber und in der globalen Gemeinschaft lebt. Meist entstehen Konflikte an einer Bruchstelle, die oftmals wirtschaftlichen Ursprungs ist.

Um die Hintergründe zu erfassen, muss man erstens ganzheitlich denken lernen. Für eine Hochschule heisst das u.a., die Studierenden müssen nebst Unterricht ständigen Bezug zur Praxis haben. – Eine weitere zentrale Voraussetzung für Frieden ist die unablässige Arbeit an sich selbst; auch dies muss ins Curriculum einer Ausbildung eingebaut sein: Die Studierenden müssen lernen zu reflektieren, alleine, in Gruppen, mit externen und internen Partnern. Wirtschaftliche Grundprinzipien können nicht nur aus dem Schulbuch erlernt werden, sie müssen verstanden werden. – Eine dritte Voraussetzung für Frieden ist interkulturelles Verstehen. Bezogen aufs Studium kann dies mittels Auslandsemestern mit Partnerhochschulen umgesetzt werden.

Wer lernt und Wissen richtig versteht, weiss, dass Wissen kein knappes Gut ist, sondern sich durch Teilung vermehrt: So steht am Anfang jeder Wertschöpfung, jeder Innovation eine Lernleistung. Um die komplexe Zukunft zu meistern, müssen wir jedoch versuchen, nicht nur aus Vergangenenem zu lernen, sondern auch loszulassen, zu sehen und zu fühlen, die Zukunft zu erahnen. Ganz am Anfang von Frieden steht nämlich die Vorstellungskraft, dass es anders sein könnte. Freilich machten und machen nicht die Unternehmen die Welt zu einer globalen; Globalisierung ist eine historische Entwicklung unserer Erde. Die Globalisierung hat begonnen, als die ersten Menschen sich aufmachten, neue Kontinente zu entdecken. Durch Weitergabe von Wissen und Know-how, durch Schaffung von neuen Arbeitsplätzen etc. kann Globalisierung weltweit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der allgemeinen Lebenssituation beitragen. Der daraus entstehende Wohlstand wirkt stabilisierend. Nur Menschen, denen es gut geht, haben das Bedürfnis und sind fähig, sich an einem Meinungsbildungsprozess zu beteiligen. Zwar wollen Unternehmen primär überleben und müssen sich deshalb in dieser globalen Welt bewegen, trotzdem können und sollen sie auf diese Weise einen Beitrag zur Stabilität, zum Frieden und zu Sicherheit leisten.

Die Schlussveranstaltung:

Die Regierungsrätin und Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements des Kantons Luzern, Frau Yvonne Schärli-Gerig überbrachte die Grüsse der Regierungsräte und betonte, die Staatengemeinschaft, einschliesslich der Schweiz, müsse ihren Beitrag zur Friedensförderung leisten, ebenso wie jeder einzelne Mensch in seinem Umfeld, mit Toleranz, Offenheit und Zeit zum Dialog.

Der Nahost-Experte und Korrespondent für die arabische Welt und Iran, Arnold Hottinger, führte die bisherigen Fehlschläge der Friedenspolitik vor Augen: in Palästina 1993–2000 und im Irak, wo die Friedenssuche noch nicht ernsthaft begonnen habe, die Besetzung andauert. Die reale Lage ist komplex, die feindlichen Fronten setzen sich aus verschiedenen Strömungen zusammen. Für Friedensausichten unter diesen Umständen gibt es Arnold Hottinger zufolge drei Möglichkeiten:

- (1) Regimewechsel bei den nächsten Wahlen in Israel und in den USA. Diese Entwicklung erscheint wahrscheinlicher als die zweite oder dritte Lösungsmöglichkeit.
- (2) Innere Umkehr innerhalb der herrschenden Kreise. Eine solche wird gelegentlich angedeutet, aus politischen und propagandistischen Gründen: indem behauptet wird: „Wir sind doch auch für den Frieden“ (unilateraler Gazarückzug; Aufstellung einer „irakischen“ Regierung durch das USA-Besetzungsregime). Doch die Handlungen lassen keine echte Friedensbereitschaft erkennen, vielmehr unilaterales Vorgehen, keine Friedensverhandlungen.
- (3) Die schwächere, militärisch „besiegte“ Seite akzeptiert einen Diktatfrieden innerlich und verwandelt ihn in einen echten Frieden (Palästinenser? Iraker?). Auf beiden Kriegsschauplätzen gibt es Kreise, die dazu bereit wären, sie sind sogar (mit amerikanischer Förderung) an der Regierung: Mahmud Abbas, und die Irakische Regierung. Doch in beiden Krisenherden gibt es auch Opposition gegen eine „Kapitulationspolitik“: der palästinensische und der irakische „Widerstand“. Sie sind der Versuchung des Terrorismus ausgesetzt und ihr weitgehend erlegen. Warum? – Hoffnungslosigkeit aufgrund Fehlens anderer Mittel.

Entscheidend wird sein, ob die friedensbereiten und kompromisswilligen Kräfte auf der militärisch unterlegenen, ja besiegten Seite im Irak und in Palästina sich durchsetzen können (das heisst die derzeitigen Regierungen). Dies hängt wesentlich davon ab, ob die beiden militärisch haushoch überlegenen Kräfte ihnen erlauben, Minimalziele zu erreichen, oder mindestens glaubhaft zu machen, dass sie erreicht werden können. Bisher ist das nicht geschehen, es ist zu postulieren.

Peter Bieri, 2. Vizepräsident des Ständerates und aktiv in ausserpolitischen Gremien, u.a. der Interparlamentarischen Union (IPU), forderte wohlhabendere Staaten wie die Schweiz auf, weiterhin zur Völkerverständigung beizutragen und die nötigen Mittel bereitzustellen, trotz Widerstrebens angesichts knapper Mittel. In der IPU besprechen die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wo und in welcher Form nationale Parlamente zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit, zur Einhaltung der Menschenrechte und zur nachhaltigen Sicherung der Lebensgrundlagen beitragen können. Wichtiger fast als das Endprodukt ist der Entstehungsprozess, sind die intensiven, zum Teil hitzigen Diskussionen zwischen Parlamentsdelegation verschiedener Länder und Kontinente: Dieses „Ringeln auf geistiger Ebene“ kann als ein aktiver Beitrag zur Gewaltprävention betrachtet werden. Die IPU bemüht sich in Theorie und Praxis, weltweit demokratische Prozesse zu fördern, die Rolle der Frauen in der Politik zu stärken und oppositionelle Parlamentarier zu schützen, die von autoritären Regimes verfolgt werden.

In der UNO, wo die Staats- und Regierungschefs dann mit Folgewirkungen entscheiden, kann sich die Schweiz weit über ihre Grösse (z.B. gemäss Bevölkerungszahl) hinaus einbringen und mit kompetenten, klugen und integren Persönlichkeiten – sofern die notwendige Unterstützung vom Souverän, von der Regierung und vom Parlament vorhanden ist – einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik leisten.

In unmittelbarem Zusammenhang zum militärischen Engagement gehört die zivile Friedensförderung. Zusammen mit dem friedensunterstützenden Engagement der Armee, der Tätigkeit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA, den drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik, für humanitäre Minenräumung und für demokratische Kontrolle der Streitkräfte, aber auch durch die aktive Mitarbeit im Rahmen der UNO, des Europarates und der OSZE wird unser Land einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten können.

Judith Stamm, ehemalige CVP-Nationalrätin, betonte in ihrem Grusswort, wir selber hätten es in der Hand und es sei durch die politischen Parteien dem Parlament den Auftrag zu geben, mehr Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen oder Druck auf die Industrie zu machen, die mit ihrer Preispolitik aktuell z.B. Afrika benachteiligt.

Der Militärhistoriker Walter Troxler legte dar, dass Kriege, die es seit Menschengedenken gibt, sich in ihrer Form und in ihren Mitteln so stark verändert haben, dass man von "neuen Kriegen" spricht; sie sind bezüglich Form, Kräften und Zielen asymmetrisch geworden. Eine neue Strategie gegen Terroristen fehlt nach wie vor; jedenfalls ist sie nicht mehr als eine Anpassung, eine Reaktion auf die bestehende Situation. Terror ist weder im nationalen Rechtssystem noch im internationalen Völkerrecht zu verorten; konsequenterweise sollte in diesem Zusammenhang auch nicht mehr von Krieg gesprochen werden.

Regierungen bestimmen jedoch, je nach Bedarf unter Zuhilfenahme der Medien, was weltweit geschehen ist, was als Krise gilt und wo einzugreifen geboten ist. Der Staat hat mit der Armee ein Mittel, mit dem er seine Ziele auch mit Gewalt um- und durchsetzen kann. In der aktuellen Politik wird der Krieg zum gerechten Krieg stilisiert. Nach welchen Kriterien ein Staat – oder ein multinationales Unternehmen – seine Interessen festlegt, ist je länger je schwieriger festzustellen; umso wichtiger ist es, in Zukunft Erkenntnisse weitsichtiger Leute nicht mehr so sträflich zu missachten. Obwohl sich z.B. der gesundheitlich angeschlagene US-Präsident Woodrow Wilson nach dem Ersten Weltkrieg für den Völkerbund eingesetzt hatte, lehnte die USA damals den Beitritt ab. Wenig Gutes verheisst, wenn die USA heute zunehmend aus dem Verbund der Internationalen Sicherheit, der UNO, ausschert und nach eigenem Gutdünken schaltet und waltet.

Die Seite des Friedens hat keine solch potenten Mittel wie der Staat und daher auch weniger Erfolg. Selbst der UNO fehlen manchmal die Mittel, gewisse Resolutionen umzusetzen, sei es Geld oder seien es Truppen, wenn es um Krisen zwischen Staaten oder bewaffneten Gruppen geht. Bezüglich der Armee muss auf beiden Seiten dazugelernt werden. Viele der heutigen Armeen sind nicht nur Kampfinstrumente, sondern können konstruktiv und zu Gunsten des Friedens eingesetzt werden und auf eine Weise, die General Dufour 1847 annahmte: aus dem Kampf nicht nur siegreich, sondern auch vorwurfsfrei hervorzugehen, sich menschlich und grossmütig zu zeigen.

Dank der Aktivitäten von Jan Bloch und des Aufrufs des Zaren kam es 1899 zu einer Friedenskonferenz in Den Haag und einer Nachfolgekonferenz. Erstmals hatte man sich geeinigt, Konflikte friedlich zu lösen, und das Kriegsvölkerrecht wurde kodifiziert: eine Grundlage, die später in den Genfer Protokollen weitergeführt wurde. Auch die verschiedenen Organisationen, die sich am Luzerner Kongress von 2005 beteiligt haben, müssen ihre Kräfte für Aktionen und Projekte in Zukunft vermehrt bündeln, um deren Wirksamkeit rapide zu steigern.

* * * * *

Luzern als Standort des Internationalen Kriegs- und Friedensmuseums seit 1902 hatte den 14. Internationalen Friedenskongress 1905 in die Stadt zu holen vermocht. Rund 400 Delegierte aus 16 Nationen kamen damals in Luzern zusammen, um über Abrüstung, die Einsetzung von Schiedsgerichten, eine internationale Föderation, die deutsch-französische Annäherung, die „Propaganda“ für den Frieden und generell über wirtschaftliche Ursachen des Krieges zu diskutieren. Die Arbeiterschaft war praktisch nicht vertreten; sie postulierte in dieser Phase schon deutlich andere Akzente in ihren Friedensvorstellungen. Die um den Frieden bemühten bürgerlichen Honoratioren waren wohl breit vernetzt, dennoch fehlten Politiker von Gewicht. Der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge überschätzten sich die Delegierten, da keine offiziellen Regierungsvertreter am Kongress teilnahmen, die die Ideen des Kongresses auch in Taten umsetzten. „Eine Verständigung, ein fruchtbarer und weitgehender Gedankenaustausch, sollte das erste und einzige Ziel des Kongresses sein“, wie die Zeitung erkannte.

Internationale Friedenskonferenz 2005 in Luzern: Parallelen zu einer Umbruchzeit wie vor einhundert Jahren wurden in der LIPS-Konferenz sichtbar, wenn sich auch die Rahmenbedingungen kaum gleichen: Weniger Europa, vielmehr die globale Dimension der Friedensaktivitäten steht heute im Zentrum; charakteristisch ist zudem die Auffächerung und Spezialisierung heutiger Friedens- und Sicherheitsbestrebungen.

Dank und aufgrund der Konferenzbeteiligung von offiziellen Schweizer Regierungsvertretern (präsent war zudem der 1905 nicht beteiligte, weil nicht existente Staat Polen in der Person des polnischen Aussenministers Adam Daniel Rotfeld, indem dieser an der Eröffnungsveranstaltung eine Grussadresse verlesen liess, ebenso der Schweizer Botschafter in Polen, André von Graffenried; der Polnische Botschafter in der Schweiz, Janusz Niesyto, hat uns sein Grusswort zum späteren Abdruck ausgehändigt; der Präsident der Internationalen Jan-Bloch-Gesellschaft mit Sitz in Polen, Andrzej Werner, dankte persönlich auf dem Podium für das Aufgreifen und Weiterführen der Luzerner Friedenstradition ausgehend von Jan Blochs Bemühungen um das Kriegs- und Friedensmuseum) und nicht zuletzt dank des Engagements von verschieden, weltweit tätigen, praxiserprobten Experten und unseren Partnern besteht Hoffnung, dass der gelungene, fruchtbare Gedankenaustausch und die stärkere

Vernetzung dieser verschiedenen Kräfte an der Luzerner Friedenskonferenz des Jahres 2005 nicht deren einzige Ergebnisse sein werden.

Aktuelle Informationen zu unserer Luzerner Initiative gibt die LIPS-Homepage www.lips-org.ch .